



ICON
Heute mit
68 Seiten
Stil & Mode

TITELTHEMA
Auf der Suche
nach Deutschlands
Gold-Schatz S. 15 bis 19



SPORTRÄTSEL
Zwei Mal
WM-Finale zu
gewinnen S. 24

ORTSTERMIN
Geht Mallorca
ohne Ballermann?
S. 69



WELT *am* SONNTAG

18. Mai 2014 Nr. 20 B *

International Newspaper Of The Year | Gegründet 1948 | World's Best-Designed Newspaper

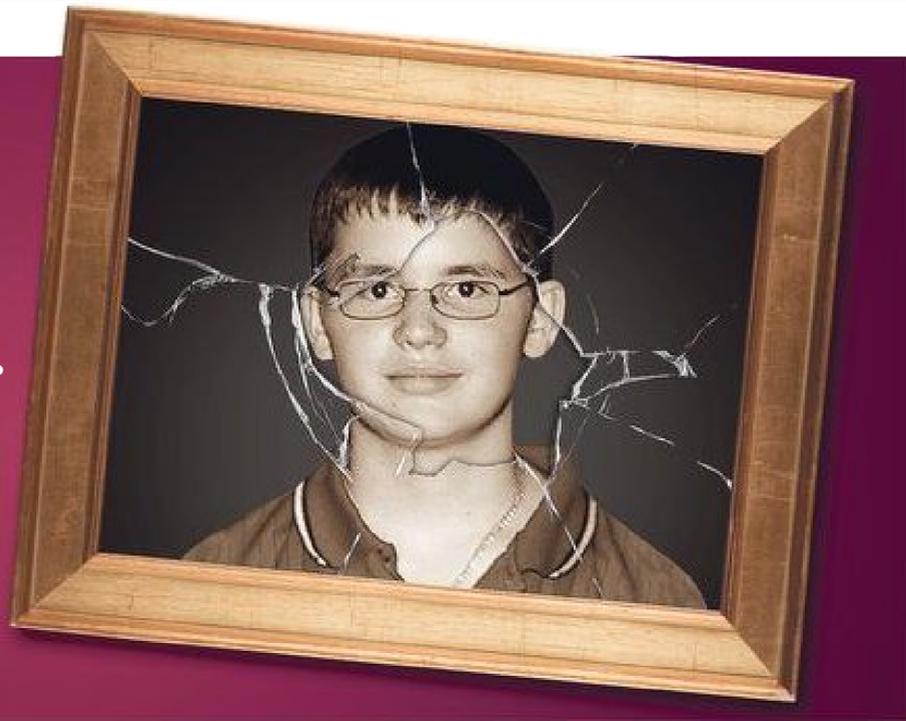
Preis D € 3,50

FÜNF JAHRE DANACH

Unser Sohn, der Amokläufer

Die Eltern von Tim Kretschmer, dem
Massenmörder von Winnenden, sprechen
zum ersten Mal über ihr Kind

Seiten 12 und 13



GETTY IMAGES/DRAMA

INNENMINISTER

De Maizière erwartet 200.000 Asylbewerber

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) hat einen weiteren deutlichen Anstieg der Asylbewerberzahlen in Deutschland vorausgesagt. „Wenn die Entwicklung so weitergeht, rechne ich für 2014 mit rund 200.000 Asylbewerbern“, sagte er im Interview der „Welt am Sonntag“. „Das schließt besondere Entwicklungen in Europa und Afrika nicht einmal ein. Es könnten also noch mehr werden.“ Im vergangenen Jahr haben sich nach Angaben des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge rund 127.000 Personen um Asyl beworben. 2012 wurden 78.000, 2011 erst 53.000 Asylbewerber registriert.

Der Minister verteidigte seine Pläne für eine Asylrechtsreform gegen massive Kritik auch aus den Reihen des Koalitionspartners SPD. Der Vorwurf der Verschärfung sei „Unsinn“, sagte de Maizière. „Ich rate unserem Koalitionspartner, den Gesetzentwurf etwas genauer zu lesen.“ Zugleich zeigte er sich kompromissbereit: „Über Details kann man immer reden.“ Er rechne fest damit, dass ein Gesetzentwurf noch vor der Sommerpause dem Kabinett vorliege. Deutschland sei einer liberalen, humanitären Flüchtlingspolitik verpflichtet. „Denen, die nicht verfolgt sind und trotzdem kommen, müssen wir aber sagen: Für euch gibt es hier keinen Aufenthaltsstatus.“ Genau so müsse man „gegen die vorgehen, die das Asylrecht missbrauchen“.

Die SPD hatte Pläne de Maizières als „absurd“ bezeichnet. Sie sehen vor, dass Asylbewerber, die nicht auf korrekte Weise eingereist sind, in Abschiebehaft genommen werden. Ermöglicht werden außerdem Wiedereinreiseperrnen für abgelehnte Asylbewerber.

Seite 6

SILVIO BERLUSCONI

„Angela Merkel spaltet Europa“

Silvio Berlusconi geht mit der Europapolitik von Bundeskanzlerin Angela Merkel hart ins Gericht. Italiens ehemaliger Ministerpräsident lässt im Exklusiv-Interview mit der „Welt am Sonntag“ eine Nostalgie für Altbundeskanzler Helmut Kohl erkennen: „Ich beschränke mich darauf, festzustellen, dass Kohl Deutschland vereint hat, während Kanzlerin Merkel mit der von ihr unterstützten Wirtschaftspolitik dabei ist, Europa zu spalten“, sagte der rechtskräftig wegen Steuerhinterziehung verurteilte Politiker. Sein persönliches Verhältnis zu Angela Merkel beschrieb Berlusconi als positiv.

Deutschland müsse auf europäischer Ebene weniger starr auftreten und den unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen in den verschiedenen Ländern Rechnung tragen. „Ich habe nichts gegen Sparen an sich. Ich störe mich nur an einer Idee von Europa, die unterschiedliche Probleme und Bedürfnisse ausklammert.“ Als der Vertrag von Maastricht festgezurr wurde, hätten andere Bedingungen als heute gegolten, wo die Euro-Zone gegen Rezession kämpft. „Eine Sparpolitik macht in solch einem Moment alles noch schlimmer“, sagte Berlusconi.

Der ehemalige italienische Regierungschef warnt in der Ukraine-Krise davor, Russland zu isolieren. Berlusconi rückt auch in der aktuellen Lage nicht von der Seite des russischen Präsidenten ab. „Putin und mich verbindet eine wirkliche, persönliche Freundschaft“, sagte Berlusconi. Auch die Beziehungen zur Familie Putins beschreibt er als eng. „Seine Kinder haben mich schon in den Ferien besucht, seine Frau ist nach Italien gekommen. Ich schätze ihn sehr.“

Seiten 8 und 9

Klimabericht verfälscht

Ministerien verbreiten eigene Version einer UN-Analyse

Im Streit um die richtigen Maßnahmen gegen den globalen Klimawandel ist manchen Behörden offenbar jedes Mittel recht, um die eigene Sicht der Dinge durchzusetzen. So hat die Bundesregierung wichtige Aussagen des UN-Klimaberichts, die im Widerspruch zur eigenen Energiepolitik stehen, falsch wiedergegeben oder sogar ganz weggelassen. Der Weltklimarat der Vereinten Nationen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) hatte am 14. April den letzten Teil des Weltklimaberichts veröffentlicht, in dem es um Maßnahmen gegen die Erderwärmung geht. Darin stellen die Experten unter anderem fest, dass in einem Emissionshandelssystem „andere Maßnahmen wie die Subventionierung erneuerbarer Energien keinen weiteren Einfluss auf den gesamten CO₂-Ausstoß innerhalb der Emissionshandelsperiode haben“. Vereinfacht gesagt: Ein Nebeneinander von Emissionshandel und Ökostrom-Subventionen ergibt keinen Sinn.

In der einzigen deutschsprachigen Zusammenfassung dieses Berichts findet sich diese für die deutsche Energiepolitik wichtige Aussage jedoch nicht wieder. Dort heißt es stattdessen, dass „der Emissionshandel die Wirkung anderer Maßnahmen beeinträchtigt, es sei denn, die Anzahl der zulässigen Zertifikate wird flexibel angepasst“. Die Zusammenfassung der IPCC-Kernbotschaften wurde federführend vom Bundesumweltministerium und der Deutschen IPCC-Koordinierungsstelle in Bonn, dem Umweltbundesamt und dem Bundesforschungsministerium herausgegeben. In einer weiteren Passage erweckt die offizielle Wiedergabe den Eindruck, dass es für das Funktionieren des Emissionshandels „notwendig“ sei, hohe Preise für Emissionsrechte zu generieren. Diese Sichtweise liegt voll im Interesse des Umweltministeriums. Denn je höher die Erlöse aus der Versteigerung von Emissionsrechten, desto mehr Geld fließt in einen „Energie- und Klimafonds“, aus dem vor allem Projekte des Umweltministeriums finanziert werden.

„Das haben wir so nicht in den IPCC-Bericht geschrieben“, sagte auf Nachfrage dieser Zeitung Ottmar Edenhofer, der als Kovorsitzender der Arbeitsgruppe III an der Formulierung des UN-Reports mitgewirkt hat. „Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe eines Emissionshandelssystems, hohe Preise zu erzeugen“, sagt Edenhofer. Für einen „Skandal“ hält der Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK) die Interpretation des Berichts durch die deutschen Ministerien. „Wesentliche Aussagen des UN-Gremiums wurden geradewegs in ihr Gegenteil verkehrt“, kritisiert der BVEK-Vorsitzende Jürgen Hacker. „Dass sich das Bundesumweltministerium bei den CO₂-Preisen verspekuliert hat und nun Probleme mit der Finanzierung fester Subventionszusagen hat, ist alleiniges Problem desjenigen, der sich verzoxt hat, nicht aber ein Problem des Emissionshandels.“

Bei der Deutschen IPCC-Koordinierungsstelle heißt es auf Nachfrage, es handle sich bei dem gemeinsamen Papier von Ministerien und Behörden „nicht um eine wortwörtliche oder gar offizielle Übersetzung des IPCC-Berichts“, sondern nur um „eine erste Erläuterung des Berichts in verständlicher Form“.

VON DANIEL WETZEL

Seite 27

DFB-POKAL

Bayerns Triumph

Der FC Bayern ist DFB-Pokal-Sieger. Die Münchner gewannen das Finale im Berliner Olympiastadion gegen Borussia Dortmund mit 2:0 nach Verlängerung, die Torschützen waren Arjen Robben (107.) und Thomas Müller (120.+2). 76.197 Zuschauer erlebten ein hochklassiges Finale, in dem zunächst die Bayern überlegen waren, Dortmund aber nach und nach ins Spiel kam. Die strittigste Szene war ein Kopfball vom Dortmunder Mats Hummels in der 64. Minute, den Dante vermeintlich hinter der Torlinie klärte. Zudem verletzte sich Bayern-Kapitän Philipp Lahm und musste schon in der ersten Hälfte ausgewechselt werden. Die Blessur ist aber offenbar nicht schwerwiegend und hat laut Bundestrainer Joachim Löw keine Auswirkungen auf den WM-Einsatz des Defensivspielers.

Seite 21

WETTER

30 Grad in Sicht

Pünktlich zum Ende der Eisheiligen ist Schluss mit den kühlen Temperaturen. Laut Deutschem Wetterdienst (DWD) in Offenbach zieht ein kräftiges Islandtief zu Beginn der Woche Richtung Biskaya und setzt sich dort fest. An seiner Ostflanke wird mit einer südlichen Strömung sehr warme subtropische Luft nach Mitteleuropa geführt. So kommt es bei uns zu einer deutlichen Erwärmung. Schon der Montag wird im äußersten Westen Deutschlands ein Sommertag. Am Dienstag ist es dann mit Höchstwerten von 24 bis 28 Grad fast überall sommerlich, und von Mittwoch an wird wohl mancherorts sogar die 30-Grad-Marke geknackt. Bisher war der Mai mit einer Abweichung von minus 1,9 Grad deutlich zu kalt. In der vergangenen Woche gab es sogar noch Schnee im Erzgebirge und im Schwarzwald.

ERDOGAN-AUFTRITT

CDU will Boykott

Nach dem Grubenunglück im türkischen Soma legt CDU-Bundesvize Julia Klöckner den Türken in Deutschland nahe, den Auftritt von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan am 24. Mai in Köln zu boykottieren: „Ich kann mir nur wünschen, dass möglichst viele hier lebende Türkischstämmige durch Abwesenheit zeigen, dass sie mit seinem gegenwärtigen Agieren in der Türkei nicht einverstanden sind“, sagte Klöckner der „Welt am Sonntag“. Erdogan fehle „Empathie sowohl beim Umgang mit dem Bergwerksunglück als auch generell gegenüber den Bedürfnissen der Türken nach Wahrung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit“. Ihr Eindruck sei, dass Erdogan „ein anderer geworden ist als noch vor einigen Jahren“. Kritiker argwöhnen, der türkische Premier nutze den Auftritt in Köln für Wahlkampfzwecke.

Seite 5

ANZEIGE

Welche Farbe hat Dein Glück?

WAHRE WERTE
Wellendorff
SCHMUCKMANUFAKTUR SEIT 1893
Kollektion WAHRES GLÜCK • www.wellendorff.de

ZIPPERTS WORT ZUM SONNTAG

Kann Spuren von Nahles enthalten

Die, der oder das sogenannte GroKo hat in fünf Monaten knapp zehn Millionen Euro für Werbung ausgegeben. Auf den ersten Blick erscheint es sinnlos, etwas zu bewerben, für das sich fast 70 Prozent der Verbraucher entschieden haben, andererseits wissen die wenigsten, was ihr Produkt alles kann und was es alles nicht kann. Viele Menschen bereuen inzwischen, dass sie sich die GroKo überlegt angeschafft haben und würden sie gern umtauschen, aber das geht aus hygienischen Gründen nicht. Wenn das Haltbarkeitsdatum im Herbst 2017 abgelaufen ist, kann man die GroKo diskret im Hausmüll entsorgen, bis dahin steht sie rum und nimmt Platz weg, der für wichtigere



Anschaffungen benötigt wird. Grundsätzlich kann man sagen, die GroKo ist eine Art neuartiger Abflussreiniger, der dafür sorgt, dass Geld aus den Rentenkassen schneller abfließen kann, und der gleichzeitig verhindert, dass es verantwortungslosen jungen Menschen zufließt. Denn die GroKo basiert auf einem undurchschaubaren Rentnerbetriebssystem, das sich nicht mehr abschalten lässt. Laut Verpackung besteht die GroKo zu 81 Prozent aus dem Sedativum „Angela Merkel“ und zu zwölf Prozent aus dem Ballaststoff „Sigmar Gabriel“, der Rest sind schwarze und rote Farbstoffe und Geschmacksverstärker. Ein Warnhinweis informiert: „Kann erhebliche Spuren von Andrea Nahles enthalten“.

KUNDENSERVICE: 0800/926 75 37
Gebührenfrei aus dem deutschen Festnetz
und von allen deutschen Mobiltelefonen
DIGITALE ANGEBOTE:
0800/936 93 70; E-Mail: digital@welt.de

B 3,70 € • A 3,70 € • CZ 160 czk • NL 3,70 € • GB 3,50 GBP
MA 50 MAD • DK 32,00 dkr • IRL 4,50 € • ZA 70,00 SAR
P 4,20 € (Cont.) • I 4,20 € • E 4,20 € / L C. 4,50 € • F 4,20 €
L 3,70 € • PL 19 PLZ • TN 6,50 TD • FIN 5,90 € • S 50 SEK
H 1200 Ft • N 42,00 NOK • CH 5,30 sfr

ISSN 0949 - 7188



ANZEIGE

ONE MAN,
ONE MACHINE.
G.P.M.H.

GRAND PRIX DE MONACO
HISTORIQUE CHRONO

Erhältlich bei Chopard Boutiquen und führenden
Juwelieren. Für weitere Informationen: Chopard
Deutschland, Tel. 07231/4867.

Chopard



STARBUCKS

Tricks mit den Steuern Seiten 34/35



PIKETTY

Tricks mit den Statistiken Seite 33



MONTAGE: WELT AM SONNTAG; IM BILD: COURTESY

Die Klimatricks

Der jüngste Klimaschutzbericht der Vereinten Nationen entlarvt die deutsche Ökostrom-Förderung als nutzlos. Das hat niemand gemerkt. Denn die Bundesregierung hat die UN-Aussagen in der offiziellen Zusammenfassung grob verfälscht

Die deutschen Verbraucher haben erneuerbare Energien zwar mit dreistelligen Milliardensummen subventioniert. Doch dem Klimaschutz hat das nichts gebracht. So steht es sinngemäß, aber recht deutlich im jüngsten Klimaschutzbericht der Vereinten Nationen, der im April der Öffentlichkeit präsentiert wurde. Gemerkt hat das bislang freilich niemand.

VON DANIEL WETZEL

Einer der Gründe dafür ist recht simpel: Die Bundesregierung hat den Befund der UN-Forscher in der offiziellen deutschen Zusammenfassung („Kernbotschaften“) schlicht unterschlagen. Weitere peinliche Passagen aus dem UN-Dokument wurden in der Zusammenfassung fast in ihr Gegenteil verkehrt.

Aber der Reihe nach: Am 14. April hatte der Weltklimarat der Vereinten Nationen seinen jüngsten und bis dato wichtigsten Bericht zum globalen Klimaschutz der Öffentlichkeit vorgestellt. Während es in den früheren Berichten des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) um Ursachen und Auswirkungen des Klimawandels ging, befasste sich der „Dritte Teilbericht zum Fünften Sachstandsbericht des IPCC“ mit den möglichen Gegenmaßnahmen.

Für politische Entscheider sind die Ratschläge des UN-Gremiums IPCC von größter Bedeutung. Sollen sie dem Klimawandel mit der Einführung von CO₂-Steuern begegnen? Sind Subventionen für erneuerbare Energien oder Atomkraft ratsamer? Oder bringt es im Kampf gegen den Treibhauseffekt mehr, wenn man einen Emissionshandel aufbaut, der Industrie und Kraftwerksbetreiber dazu zwingt, sogenannte Emissionsrechte zu erwerben, für jede Tonne Kohlendioxid, die sie in die Luft blasen wollen?

Über diese und ähnliche Fragen hatten sich 235 führende Wissenschaftler aus 58 Ländern vier Jahre lang intensiv Gedanken gemacht. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hörte denn auch aufmerksam zu, als IPCC-Chef Rajendra Pachauri und der Co-Vorsitzende der zuständigen IPCC-Arbeitsgruppe III, Ottmar Edenhofer, die Ergebnisse am 14. April im Auditorium Maximum der Technischen Universität Berlin vorstellten.

Nur: Zu einer tieferen Analyse des mehrere Tausend Seiten starken UN-Berichts reichte es bei der Präsentation natürlich nicht. Allein die „Technical Summary“ umfasst 99 Sei-

ten komplizierter Wissenschaftslyrik in Englisch. Und auch die vom IPCC gelieferte englischsprachige „Zusammenfassung für Entscheidungsträger“ blieb mit einem Umfang von 33 Seiten für Politiker mit eng getaktetem Terminplan noch eine Herausforderung.

Umso dankbarer nahmen es da Journalisten, Referenten und Umweltgruppen auf, dass die für den Klimaschutz zuständigen deutschen Bundesministerien und Behörden eine mit vier Seiten recht übersichtliche Zusammenfassung der „Kernbotschaften“ des IPCC-Berichts zur Verfügung stellten. Verantwortlich für die deutsche Zusammenfassung zeichneten gleich vier hochmögliche Institutionen: Federführend das Umweltministerium, beteiligt sind ferner die Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle in Bonn, das Umweltbundesamt in Dessau und das Bundesministerium für Forschung und Bildung. Das Papier, sollte man meinen, ist für die Interpretation der IPCC-Befunde eine seriöse Quelle. Dass die ministerielle Zusammenfassung dem Originaltext in wichtigen Punkten nicht entspricht, ahnte niemand.

So stellt das IPCC in seinem Bericht die klimapolitische Sinnlosigkeit von Ökostrom-Subventionen innerhalb eines Emissionshandelssystems heraus: „Das Hinzu-Addieren einer CO₂-Minderungsmaßnahme zu einer zweiten führt nicht notwendigerweise zu einer stärkeren CO₂-Reduktion“, heißt es in wörtlicher Übersetzung in der „Technical Summary“ der Vereinten Nationen: „In einem Emissionshandelssystem mit einer hinreichend strengen Deckelung haben andere Maßnahmen wie die Subventionierung erneuerbarer Energien keinen weiteren Einfluss auf den gesamten CO₂-Ausstoß.“

Damit bestätigt nun auch der Weltklimarat das, was der Wissenschaftliche Beirat des Bundeswirtschaftsministeriums, die Monopolkommission oder der Präsident des Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, seit Jahren sagen: Unter dem festen Deckel des europäischen Emissionshandels mit seiner genau abgezählten

Menge an Verschmutzungsrechten führen Ökostrom-Subventionen lediglich zu einer Verlagerung der CO₂-Emissionen, nicht aber zu ihrer Minderung.

Verdrängen Windparks zum Beispiel ein deutsches Kohlekraftwerk, steht der gesamte CO₂-Ausstoß der Anlage in Form von Emissionsrechten dem Markt wieder zur Verfügung. Das Angebot wird also größer, andere europäische Kraftwerksbetreiber können sich entsprechend billiger aus diesem frei gewordenen Gutschein-Kontingent bedienen. Die in Deutschland vermiedenen CO₂-Emissionen werden dann jenseits der Grenzen von jemand anders in die Luft geblasen. Entscheidend für den Klimaschutz ist einzig, dass die Gesamtmenge aller in Europa verteilten Verschmutzungsrechte in keinem Fall überschritten werden kann.

Doch dieses klare Urteil des IPCC über die klimapolitische Sinnlosigkeit von Ökostrom-Subventionen bei gleichzeitigem Emissionshandel taucht in der deutschen Zusammenfassung nicht auf. Die einzige Bemerkung zu diesem Komplex liest sich hier völlig anders: „Der Emissionshandel beeinträchtigt die Wirkung anderer Maßnahmen, es sei denn, die Anzahl der zulässigen Zertifikate wird flexibel angepasst.“

Der Unterschied ist deutlich: Die Vereinten Nationen erklären den Emissionshandel zu einem probaten Instrument, der Subventionen für erneuerbare Energien überflüssig macht. Die deutsche Übersetzung dreht den Spieß um und macht den Emissionshandel zum Übeltäter, der angeblich „die Wirkung anderer Maßnahmen beeinträchtigt“.

Fragwürdig ist auch, was die Vereinten Nationen – angeblich – zur Ausgestaltung des Emissionshandels selbst sagen: „Für den Erfolg von Emissionshandelsrechten ist es notwendig, ausreichend hohe Preise für Emissionszertifikate zu erreichen, um Anreize für einen kohlenstoffarmen Energieträger zu bieten“, heißt es in der Zusammenfassung der Bundesregierung. Deshalb müsse die Anzahl der handelbaren Emissionsrechte auch „flexibel angepasst“ werden.

Mit dieser Darstellung verdrehen die deutschen Behörden die Aussagen des IPCC-Berichts in ihr Gegenteil. Denn der Emissionshandel ist per Definition ein System, in dem eine Anzahl frei handelbarer Emissionsgutscheine vorgegeben wird, sodass sich für diese Verschmutzungsrechte freie Marktpreise ergeben können. Aus diesem System fester Mengen und flexibler Preise macht die deutsche

Inhaltlich nicht deckungsgleich: Das Original der UN (l.) und die „Kernbotschaften“ der Bundesregierung



Fortsetzung auf Seite 28

FRAUENSACHE



Feilschen

Mein Mann findet, ich sei nicht geschäftstüchtig. Im Restaurant bitte ich immer um extrakleine Portionen. Verlangt ein Babysitter neun Euro pro Stunde, handele ich ihn auf elf hoch. Vielleicht liegt das an meinem Studium. Die EU-Bildungsminister haben sich neulich besorgt gezeigt: Uni-Abgängern gingen wesentliche Fähigkeiten ab, wie Verhandlungsgeschick. Handwerker könnten das viel besser.

Die Theorie habe ich jetzt bei unserem Schuster überprüft, der mir einen Reißverschluss in einen Stiefel eingenäht hat. Beim Abholen klebt am Schuh ein Post-it, auf den er „42 Euro“ geschrieben hat. „Och“, sagt er, „machen wir 40 glatt.“ Vielleicht ist Verhandlungsgeschick doch Typsache. „Toll!“, sage ich und zücke 50 Euro. Anstatt das Geld zu nehmen, sagt er: „Das war echt viel Arbeit!“ „Okay“, sage ich und wedele mit dem Schein. „Na gut“, sagt er, „35.“ Er starrt. Ich starre zurück. Schließlich nimmt er missmutig das Geld und gibt mir 20 Euro zurück. Dann ruft er mir hinterher: „Nehmen Sie noch ein Paar Einlagen mit – gratis!“ Die Einlagen hab ich bezahlt, plus Trinkgeld. Das Studium war eben nicht umsonst. *Anette Dowideit*

ANZEIGE

MONTBLANC

Meisterstück und Hugh Jackman

Crafted for New Heights

Vor neunzig Jahren kreierte Montblanc ein Schreibgerät, das über die Dimension der Schreibkultur hinaus zu einer Ikone wurde: das Montblanc Meisterstück – ein Symbol für ewiges Streben nach Perfektion. Um diese 90 Jahre Meisterstück zu ehren, ist der Füllfederhalter aus der Meisterstück 90 Years Collection mit rot-vergoldeten Beschlägen und einer in die Feder gravierten „90“ verziert. Visit and shop at Montblanc.com

Meisterstück 90 Years Collection

MARKTPLATZ

Bitte neu starten

Die Mitarbeiter und Aktionäre von SAP hätten derzeit einige gute Gründe, unruhig zu werden. Im Vorstand des Dax-Konzerns aus Walldorf herrscht ein Kommen und Gehen wie auf einem Bahnsteig. In den zurückliegenden zwölf Monaten kündigten vier Vorstände ihren Rücktritt an, Finanzchef Werner Brandt wird Ende Juni das Unternehmen verlassen. Wenn der Amerikaner Bill McDermott auf der kommenden Hauptversammlung am Mittwoch zum alleinigen Vorstandschef von SAP bestimmt wird, muss er auf ein fast komplett neues Vorstandsteam setzen.



ANDRE TAUBER ÜBER SAP

Dass sich ein Dax-Konzern personell so komplett neu aufstellt, ist reichlich ungewöhnlich in der deutschen Wirtschaftsgeschichte. MAN ist ein seltenes Beispiel. Doch der Lastwagenbauer erneuerte seinen Vorstand im Zuge eines Korruptionskandals. In einer Krise also.

Ist SAP in der Krise? Weit gefehlt. Das Unternehmen schreibt hohe Gewinne, und was wichtiger ist: Es hat auch eine klare Strategie für die Zukunft. Die Konzernlenker entschieden schon vor Jahren, dass sie weniger auf den Verkauf von Software setzen werden und stattdessen mehr auf Angebote, die auf zentralen Servern liegen und für deren Zugang die Kunden dann Mietgebühren überweisen. SAP muss in der Internet-Cloud künftig härter um Kunden kämpfen. Das ist un bequem, doch es ist die einzige Option, wenn das Unternehmen auch künftig wachsen will.

SAP wird gleichwohl ein neues Gesicht bekommen. Bill McDermott ist ein Verkäufertyp. Er kann so begeistert von Geschäftssoftware schwärmen, dass man ihn schon als Evangelikalen in einer Kirche wähnt. Das klingt in deutschen Ohren großspurig und aufgesetzt. Doch vielleicht ist es eben dieser amerikanische Stil, den SAP derzeit braucht, um mutig in die gewählte Richtung weiterzugehen. Einfach ist der Weg nicht. Aber SAP hat ihn so bestimmt und wird auch nicht mehr umkehren. Das ist die gute Nachricht für Aktionäre und Mitarbeiter gleichermaßen.

Kopf der Woche: José Ángel Gurría



ANDRE LAUBE

Der Nette

Die Industrieländer-Organisation OECD galt lange als wirtschaftsliberale Denkfabrik. Doch ihr Generalsekretär definiert den Auftrag neu. Er predigt jetzt soziale Gerechtigkeit

Ein „Genuss“ sei das Gespräch mit ihm gewesen, beschrieb Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sein Treffen mit José Ángel Gurría. Der Vizekanzler ist nicht der Erste, der dem herzlichen Wesen des OECD-Generalsekretärs erliegt. Sogar dann, wenn dieser gar keine genussvolle Botschaft im Gepäck hat. Der Chef der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung übergab der Regierung in dieser Woche in Berlin einen Bericht zur deutschen Wirtschaft. Die wachsende Ungleichheit mache ihm Sorgen, sagte Gurría, genauso wie der große Niedriglohnssektor hierzulande.

Deutschland brauche mehr Umverteilung und höhere Steuern, etwa für Immobilienbesitzer und Autofahrer.

Diese Kritik äußerte der OECD-Chef zwar im gewohnt netten Ton. Doch viele Zuhörer trauten während des Vortrages

VON TOBIAS KAISER

ihren Ohren nicht. Kamen diese Botschaften von der gleichen Organisation, die noch vor wenigen Jahren die Hartz-Reformen gelobt hatte? Ja, denn der Tadel kam mit Ankündigung: Mit dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die OECD einen Kursschwenk vollzogen wie keine zweite große internatio-

nale Organisation. Jahrzehntlang trieb die Denkfabrik der Industrieländer ihre Mitgliedsländer von Strukturreform zu Strukturreform, die mehr Wachstum und höhere Produktivität bringen sollten. Heute propagieren die Ökonomen der Organisation lautstark, dass Wachstum den Bürgern dienen soll. Themen wie Verteilungsgerechtigkeit, Umweltschutz und Lebensqualität stehen in den Publikationen plötzlich im Fokus. Seit 2011 soll etwa ein aufwendig zusammengestellter Index die Lebensqualität in den Mitgliedsländern messen.

Der nette Herr Gurría gilt als Treiber dieser Entwicklung. Bereits seit zehn Jahren dokumentiert die OECD die wachsende Ungleichheit in den Industrieländern. Das Thema sei heute präsenter denn je, weil die Probleme durch die Krise heute weit akuter sind als noch vor zehn Jahren. „Auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise konnten wir es uns nicht leisten, die wachsende Ungleichheit zu kritisieren. Damals stand das Haus in Flammen, es gab also drängendere Probleme“, sagt Gurría. „Jetzt, da wir das Feuer ausgetreten oder zumindest unter Kontrolle gebracht haben, müssen wir uns um die Opfer kümmern. Und das sind in der Regel die Ärmsten der Gesellschaft.“

Gurría ist bekannt für seine bisweilen bildhafte Sprache, auch deshalb wird er als Gesprächspartner geschätzt. Was dagegen vielleicht nicht immer jedermanns Sache ist: Das Gegenüber muss stets darauf gefasst sein, dass Gurría im nächsten Moment zum Schulterklopper oder kameradschaftlichen Knuff ausholt.

Das neue Denken habe aber nichts mit Nettigkeit zu tun, betont Gurría. Es sei alternativlos. „Wir machen das sicherlich nicht, weil der Generalsekretär ein besonders großes Herz hat oder ein Gutmensch ist. Die OECD beschäftigt sich mit sozialen Fragen, weil wir auf die

größte wirtschaftliche Krise zu unseren Lebzeiten reagieren müssen.“

Der Mexikaner, der im Laufe seiner Karriere wegweisende Verhandlungen für sein Land geführt hat, mag im Umgang jovial sein, trotzdem spaltet der Kurswechsel, den er vorantreibt, die Organisation. „Innerhalb der OECD ringen zwei Lager um die offizielle Linie“, sagt Roland Schneider, der für die internationale Gewerkschaftsbewegung die OECD berät. Auf der einen Seite stünden die ökonomischen Traditionalisten, auf der anderen diejenigen, die wollen, dass die Politikempfehlungen tatsächlich zur Realität in den Mitgliedsländern passt. Diese zweite Fraktion werde vor allem von Gurría und seinem engsten Mitarbeiterstab verkörpert. „Das ist teilweise ein Glaubenskrieg, bei dem es um Grundsatzfragen geht“, sagt OECD-Kenner Schneider.

Gurría steuert seine Organisation dabei nicht im luftleeren Raum. Er muss die Wünsche der Mitglieder berücksichtigen. In vielen Industrienationen wird über wachsende Ungleichheit debattiert. Zudem konkurriert die OECD um Aufmerksamkeit und Einfluss mit anderen großen internationalen Organisationen. Der von der Französin Christine Lagarde geführte Internationale Währungsfonds (IWF) etwa warnte kürzlich in einer aufwendigen Studie vor den wirtschaftlichen Folgen von Ungleichheit.

Der von Gurría forcierte Kursschwenk bereitet einigen Beobachtern allerdings auch Sorgen. „Die Kernaufgabe der OECD lautet, den Regierungen der Mitgliedsländer mit Empfehlungen dabei zu helfen, die Produktivität und das Potenzial ihrer Volkswirtschaften zu steigern“, sagt etwa Bernhard Welschke, der die Interessen von Wirtschaftsverbänden gegenüber der OECD vertritt. Diese Mission dürften Gurría und die OECD nicht aus den Augen verlieren.

MINISTER AUS MEXIKO

DER MANAGER: José Ángel Gurría ist seit dem 1. Juni 2006 Generalsekretär der OECD, einem Club vorwiegend wohlhabender Industrieländer. Der 64-jährige Ökonom war zuvor in seinem Heimatland Mexiko von 1998 bis 2000 Finanzminister und von 1994 bis 1998 Außenminister. In diversen Ämtern hatte er wegweisende internationale Abkommen und Verträge verhandelt, beispielsweise den Beitritt Mexikos zur OECD und das Freihand-

delsabkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko. Seine zweite fünfjährige Amtszeit endet 2016.

DIE ORGANISATION: Die OECD soll als ökonomische Denkfabrik vor allem Reform-Empfehlungen für die 34 Mitgliedstaaten liefern. Einem breiten Publikum bekannt wurde die Organisation hierzulande mit den Pisa-Studien, die den Leistungsstand von Schülern international vergleichen.

Die Klimatrickser

Fortsetzung von Seite 27

Übersetzung ein System flexibler Mengen, um möglichst hohe Preise für Emissionsrechte erzwingen zu können.

Das läuft dem Wirkungsprinzip des Emissionshandels geradewegs zuwider: Denn die Forderung nach „flexibler“ Anpassung der handelbaren Mengen an Emissionsgutscheinen steht in direktem Widerspruch zur Aussage des IPCC-Berichts, wonach die Maximalzahl an Emissionsgutscheinen „bindend“ sein müsse.

Die Aussage, dass hohe CO₂-Preise für den Erfolg des Emissionshandels „notwendig“ seien, wie die deutsche Übersetzung glauben machen will, findet sich im Original nirgendwo. Grundsätzlich, und das ist ja gerade der große Vorteil des Emissionshandels, werden die gesetzten CO₂-Ziele selbst dann erreicht, wenn sich am Markt niedrige Preise für Emissionszertifikate ergeben. Klimaschutz kann eben auch billig sein, wenn man Marktmechanismen walten lässt. Dass sich die EU von vornherein nur relativ anspruchslose CO₂-Minderungsziele gesetzt hat, ist dem Emissionshandel nicht anzulasten: Das Instrument selbst funktioniert deshalb nicht minder gut.

Das Umweltministerium verwies bei einer Anfrage auf die Deutsche IPCC-Koordinierungsstelle. Dort wiegelt man ab. Bei den „Kernbotschaften“ handele es sich „nicht um eine wortwörtliche oder gar offizielle Übersetzung des IPCC-Berichts“, sagt eine Sprecherin über das Papier, auf dem die Logos von Umweltministerium, Forschungsministerium und Umweltbundesamt zu sehen sind. Es handele sich um „eine erste Erläuterung des Berichts in verständlicher Form“. Die getroffenen Aussagen seien aus verschiedenen Passagen des UN-Berichts „abgeleitet“ worden. „Auch sollte berücksichtigt werden, dass die ‚Kernbotschaften‘, die in enger Zusammenarbeit mit Autoren des IPCC-Berichts erarbeitet wurden, Aussagen des Berichts nur in stark verkürzter Form widerspiegeln können.“

Die Wissenschaftler des IPCC allerdings reagieren ausgesprochen verwundert, als sie von der „Welt am Sonntag“ mit der deutschen Übersetzung ihrer Kernbotschaften konfrontiert wurden. „Das haben wir so nicht in den IPCC-Bericht geschrieben“, stellt Ottmar Edenhofer fest, der als Ko-Vorsitzender der Arbeitsgruppe III an der Formulierung des Originalreports der UN federführend mitgewirkt hat. „Grundsätzlich ist es nicht Aufgabe eines Emissionshandelssystems, hohe Preise zu erzeugen.“ „Maßgeblich ist der englische Originaltext“, sagt Edenhofer, der auch stellvertretender Direktor und Chefökonom des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PIK) ist. Was dann „die Ministerien oder andere Institutionen daraus machen, liegt nicht in meiner Hand“.

Für einen „Skandal“ hält der Bundesverband Emissionshandel und Klimaschutz (BVEK) die Interpretation des IPCC-Berichts. „Wesentliche Aussagen des UN-Gremiums wurden geradewegs in ihr Gegenteil verkehrt“, kritisiert Verbandschef Jürgen Hacker. „Die Forderung nach möglichst hohen CO₂-Preisen haben mit den Aussagen im UN-Bericht überhaupt nichts zu tun, entsprechen aber sehr gut der Interessenlage des Bundesumweltministeriums.“

Tatsächlich bringt der jüngste Verfall der CO₂-Preise das Umweltministerium in Schwierigkeiten. Denn durch die Versteigerung der Emissionsgutscheine sollte eigentlich ein milliardenschwerer „Energie- und Klimafonds“ angefüllt werden, aus dem dann mehrere Umweltprogramme des Ministeriums von Barbara Hendricks finanziert werden sollten. Weil die Erlöse aus den Auktionen niedriger als erwartet ausgefallen sind, ist das Ministerium gezwungen, für die Erfüllung seiner Zusagen auf Steuergelder zurückzugreifen.

Das Umweltministerium dürfe durchaus der Meinung sein, dass Subventionen für erneuerbare Energien trotz funktionierendem Emissionshandels sinnvoll seien oder dass Emissionshandel nur bei künstlich erhöhten CO₂-Preisen funktioniert. „Nur eines darf das Ministerium nicht“, findet Hacker. „Es darf der Öffentlichkeit nicht vortäuschen, dass dies auch die Meinung des IPCC der Vereinten Nationen sei.“

ANZEIGE

IKB.
Unternehmerische Kompetenz für Privatkunden.

Zeichnungsfrist bis 1.7.2014

Zeichnung über Banken, Sparkassen oder das kostenlose IKB Wertpapierdepot

Zinszahlungen fest einplanen

IKB Festzins- und Stufenzinsanleihen

Anleger erhalten an den jährlichen Zinsterminen fest definierte und bei den Stufenzinsanleihen stufenweise ansteigende Zinszahlungen. Die Rückzahlung des Nennbetrags erfolgt jeweils zu 100% am Laufzeitende.

Bezeichnung	WKN	Laufzeit	Zinssätze
NEU IKB 2,00% Festzinsanleihe 07/2017	A1X3VB	3 Jahre	fest 2,00% p.a.
NEU IKB Stufenzinsanleihe 07/2018	A1X3VC	4 Jahre	von 2,00% p.a. bis 2,60% p.a.
NEU IKB Stufenzinsanleihe 07/2020	A1X3VD	6 Jahre	von 2,60% p.a. bis 3,10% p.a.

Anleger sollten beachten: Die Preise der Anleihen unterliegen Markteinflüssen, Kursverluste bei Verkauf vor Laufzeitende sind möglich. Ein Kauf bzw. Verkauf der Anleihen über die Börse kann vorübergehend erschwert oder nicht möglich sein. Anleger sind dem Risiko einer Zahlungsunfähigkeit der Emittentin ausgesetzt. Für den Anleger können Entgelte für den Erwerb und Verwahrkosten anfallen. Angaben zur Höhe erhalten Anleger von der depotführenden Bank. Weitere Angaben zu den Produkten und Risiken sind dem Basisprospekt und etwaigen Nachträgen zu entnehmen.

www.ikb.de/wertpapiere

IKB
Deutsche Industriebank

Diese Werbeanzeige stellt kein bindendes Angebot der IKB dar. Die Anleihen werden auf Grundlage des am 20.2.2014 veröffentlichten Basisprospekts der IKB einschließlich etwaiger Nachträge sowie der für sie relevanten Endgültigen Bedingungen emittiert, die weitere Informationen beinhalten, welche eine sachgerechte Anlageentscheidung erst ermöglichen. Der jeweilige Basisprospekt einschließlich etwaiger Nachträge und die Endgültigen Bedingungen sind im Internet (www.ikb.de/wertpapiere) oder kostenlos bei Ihrer Bank erhältlich. Hinsichtlich der Zeichnung sowie einer anlegergerechten Beratung wenden Sie sich bitte an Ihre Bank.